Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., aus Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter keinen 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2066.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Posner & Co., Prager Strasse 32 parterre und I. Etage.
Herrenschneidergeschäft I. Ranges. Spezialität: Gesellschafts-Anzüge.

H. Maukisch
34 Hauptstr. Dresden-N. Hauptstr. 34
Uhren u. Goldwaren.

Raucht PATENT STROHMUNDSTÜCK CIGARETTE von 3 Pfg. an
Egyptian Cigarette Company
Cairo. – Berlin W. 64. – Frankfurt a./M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Kunst-Salon von **Emil Richter**
Prager Strasse
Geschäftsstelle der
Vereinigung der Kunstfreunde.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. Verkaufsstelle der vom Kgl. Finanzministerium neugewählten vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Königl. Sächs. Staats-Forstbeamte.
Hermann Pörschel
Scheffelstrasse 19 (Kleines Rauchhaus).

Nr. 7. Spiegel: Französische Senatswahlen, Lage in Ungarn. Hofnachrichten, General v. Cerrini †, Landtagsverhandlungen, Logenfeier. Marokko, Lage in Rußland. Sinfonie-Konzert, „Parsifal".

Mutmaßl. Witterung: **Etwas kälter, veränderlich.**

Dienstag, 9. Januar 1906.

Die französischen Senatswahlen

haben dieses Mal eine besondere politische Bedeutung, weil sie gewissermaßen die Stichprobe auf den Ausfall zur Präsidentenwahl bilden. Der Senat der dritten Republik besteht aus 300 mit einem Jahresgehalte von 9000 Francs dotierten Mitgliedern, von denen alle neun Jahre ein Drittel ausscheidet. Die Wahl der Senatoren ist ziemlich umständlich. Sie erfolgt nämlich durch eine Wahlkörperschaft, die in der Departementshauptstadt zusammentritt und der zugleich mit den betreffenden Kammerdeputierten die Generalräte und Arrondissementsräte des Bezirks angehören. Dazu kommen dann noch Abgeordnete der städtischen und ländlichen Gemeinden, deren Zahl sich nach der Größe der einzelnen Ortschaften richtet. Der Senat war in den ersten Zeiten der Republik der Gegenstand heftiger Anfeindungen durch die radikale Linke, weil man ihn für einen Schildhalter der Monarchisten und Klerikalen hielt. Allmählich nahm indessen nach verschiedenen Drittelerneuerungen seine Mehrheit so ausgesprochen republikanische Allüren an, daß sich in den Kreisen des entschiedenen Republikanismus ein offenkundiger Umschwung vollzog, der in einer erhöhten Wertschätzung der ersten parlamentarischen Körperschaft seinen Ausdruck fand. Was die dritte Republik seit Waldeck-Rousseau an großen gesetzgeberischen Reformwerken geschaffen hat und noch zu schaffen im Zuge ist, das hat alles an dem Senat eine tatkräftige Stütze und Förderung gefunden und findet es noch, darunter in erster Linie die Gesetzgebung über das Vereinswesen mit der durch sie sanktionierten Unterdrückung des römischen Ordenswesens und die große Aktion der Kirchentrennung. Im gegenwärtigen Augenblick hat sich das Zünglein der Wage sogar dermaßen zu gunsten des Senats geneigt, daß die Kammerrepublikaner die Hilfe der „Ersten Kammer" zur Rettung aus der „Doumer-Gefahr" bei der Präsidentenwahl anrufen und dadurch dem Senate offen das Zeugnis ausstellen, daß er in den jetzigen Zeitläuften das eigentliche Bollwerk der Republik bildet.

Doumer, ein ehemaliger radikaler Republikaner, ein skrupelloser Streber von maßlosem Ehrgeiz, den er mit allen Mitteln zu befriedigen sucht, gilt als enragierter Delcassist und Kandidat der Monarchisten, Nationalisten und Klerikalen für die Präsidentenwahl. Das wäre an sich belanglos, wenn er nicht insgeheim von den republikanischen Dissidenten, deren Republikanismus nur halb ist und die sich daher in der Rolle von Einspännern und Eigenbrödlern gefallen, unterstützt würde. Durch den Zuzug von dieser Seite hat es Doumer in der Deputiertenkammer zu einer Mehrheit gebracht, die jüngst bei einer Abstimmung zu einer Niederlage seiner Gegner führte. Man darf annehmen, daß dieselbe Mehrheit — es handelt sich um acht Stimmen — auch in Versailles am 16. Januar für Doumer eintreten wird. Demnach liegt die Entscheidung beim Senate, und hier haben nun die eben vollzogenen Drittelungswahlen einen Erfolg der „Anti-Doumerianer" ergeben, indem die zuverlässige republikanische Senatsmehrheit — Dissidenten gibt es dort nicht — erhalten geblieben ist. Ziffernmäßig ausgedrückt, heißt das, daß im Senat etwa 200 zielbewußte Republikaner 100 Vertretern der verschiedenen monarchisch-klerikalen Richtungen gegenüberstehen.

Die Feinde Doumers hatten ihre Anstrengungen bei den Senatswahlen auch gegen die Person des bisherigen Präsidenten der ersten Körperschaft, Fallières, selbst gerichtet. Herr Fallières ist aber glatt wiedergewählt worden und kann somit unter günstigen Auspizien als Kandidat der republikanischen Linken nach Versailles gehen. Fallières hat noch am Tage vor seiner Wahl eine Rede gehalten, die insbesondere wegen der auf die auswärtige Politik bezüglichen Stellen von allgemeinem Interesse ist. Er betonte, daß Frankreich dank dem Frieden seine Stellung in der Welt wiedergewonnen habe. Frankreich gehe seinen Weg, indem es in gerechter Weise darauf bedacht sei, was man ihm und was es selbst anderen Völkern gegenüber zur Aufrechterhaltung des Friedens zu tun schuldig sei. Wenn aber Völkern das Gefühl ihrer Würde abhanden komme, so erwachse ihnen daraus Mißachtung, die den Verfall nach sich ziehe. Frankreich trete nachdrücklich für den Frieden ein, wolle und könne aber nicht in Verfall geraten. — Da letzteres den Franzosen niemand, am allerwenigsten Deutschland, zumutet, so ist kein Grund ersichtlich, der Herrn Fallières hindern könnte, seine friedlichen Absichten im Falle seiner Wahl zum Präsidenten wahr zu machen, soweit ihm dazu die enge verfassungsmäßige Beschränkung seines persönlichen Einflusses Spielraum läßt.

Die Lage in Ungarn

hat eine neue verschärfte Wendung genommen durch die wahrhaft skandalösen Vorgänge in Debreczin, wo nicht etwa der „Mob", sondern eine aus sogenannten „besseren" und gebildeten Elementen zusammengesetzte Schar von Radaupatrioten und national-radikalen Terroristen den von der Regierung eingesetzten Obergespan, einen wehrlosen Greis, in der schmählichsten Weise mißhandelt hat. Wer überhaupt noch etwas Temperament im Leibe hat, den muß ob einer solchen nichtswürdigen Robeit die heftigste Empörung ergreifen, und so ist es denn auch der Regierung des Herrn Fejervary ergangen. Es verlautet, daß man an leitender Stelle nunmehr fest entschlossen sei, die allerschärfsten Repressivmaßregeln gegen die widerspenstigen Komitatsverwaltungen zu ergreifen. Unter diesen Maßregeln wird in erster Linie die Entsendung von königlichen Kommissaren genannt, die, mit weitreichender Vollmacht ausgerüstet, die Komitate und städtischen Munizipien, die den Kampf gegen das Ministerium Fejervary fortführen, zu Paaren treiben und mürbe machen sollen. Also endlich! wird jeder einsichtige Politiker ausrufen, der erkennt, daß nur noch unbeugsame Energie in Ungarn zum Ziele führen kann. Man sollte meinen, das müßte auch der österreichische Liberalismus begreifen. Doch weit gefehlt! Das führende liberale Organ, die Wiener „N. Fr. Pr." ruft Zeter und Mordio, lamentiert über die „sehr gefährliche Bahn", die das Ministerium Fejervary mit seinem kraftvollen Vorgehen betrete, und warnt die Budapester Regierung, den Boden des Gesetzes zu verlassen und mit ungesetzlichen Mitteln den Kampf gegen die Munizipien aufzunehmen. Also „ungesetzlich" soll es sein, wenn die ungarische Regierung sich gegen Mord und Totschlag seitens der Koalition kräftig zu wehren sucht, um nicht ihre Beamten ruhig abschlachten zu lassen! Das ist der waschechte cisleithanische Liberalismus mit seinem unbedingten laisser faire, laisser passer, wie er leibt und lebt, und wie er sich mit seiner krampfhaften Abneigung gegen jede zielbewußte autoritative Staatsgewalt in Oesterreich genau so das Grab gräbt, wie er es in Ungarn bereits getan hat.

Daß der deutsch-österreichische Liberalismus sich so zum Steigbügelhalter der ungarischen Koalition degradiert, ist um so kläglicher, als gerade die koalierten Parteien in Deutschfeindschaft förmlich wetteifern. Gewiß kann es keinem deutschen Politiker, sei er reichsdeutscher oder österreichischer Staatsangehörigkeit, einfallen, sich für das Kabinett Fejervary vom nationalen Standpunkte aus ins Zeug zu legen, weil Fejervarys Schulpolitik nichts weiter ist als eine Fortsetzung der alten magyarischen Unterdrückungs- und Erdrosselungspolitik gegenüber den fremden Nationalitäten, und nicht zum wenigsten dem Deutschtum. Gleichwohl stehen die Männer in der Regierung Fejervarys turmhoch über den Individuen, die innerhalb der Koalition mit den verwerflichsten Mitteln die Deutschenhetze betreiben zu dem tendenziösen Zwecke, die deutsche Politik in Wien der antiungarischen Scharfmacherei und eigener Absichten auf Ungarn zu verdächtigen, dadurch den Kaiser Franz Joseph gegen seinen deutschen Verbündeten in Mißstimmung zu versetzen und ihn — das ist des Pudels Kern — zur Nachgiebigkeit gegen die unmöglichsten ungarischen Forderungen zu bestimmen. Die publizistischen Machenschaften dieser Art sind mannigfach. Erst kürzlich ist die Schwindelbroschüre „Die ungarische Krise und die Hohenzollern" verdientermaßen festgenagelt worden. Es wurden darin dem Deutschen Kaiser die tollsten Pläne in bezug auf Ungarn untergeschoben. Das Kabinett Fejervary griff aber fest in das Wespennest und versetzte den nominellen Verfasser der perfiderweise auch noch in Deutschland herausgegebenen Schmähschrift wegen Hochverrats in Anklagezustand. Dabei kam es ans Tageslicht, daß ein hervorragender Führer der Koalition als Macher dahintersteckte, dem aber selbst diese Enthüllung seines hinterhältigen Treibens nicht moralisch den Hals zu brechen vermochte. Neuerdings ist wieder in einem Berliner Verlage eine Broschüre erschienen, die den österreichischen Kaiser direkt zum Staatsstreich gegen Ungarn auffordert durch die Bildung eines selbständigen Königreichs Kroatien, wodurch Ungarn auf Gnade und Ungnade zwischen Oesterreich und Kroatien eingekeilt würde. Auch dadurch muß natürlich in weniger urteilsfähigen Kreisen der Eindruck, daß von deutscher Seite aus der Widerstand gegen Ungarn mit ausgehe, verstärkt werden. Den Gipfel absurder Dreistigkeit aber erreicht eine Budapester Meldung, die besagt, der deutsche Reichskanzler Fürst Bülow habe dem österreichischen Botschafter in Berlin ein Schreiben folgenden Inhalts übersandt: Seit einiger Zeit sei in österreichischen Blättern in auffallender Weise die Nachricht kolportiert worden, Kaiser Wilhelm habe dem Monarchen Franz Joseph den Rat erteilt, den Forderungen der ungarischen Koalition nicht nachzugeben. Fürst Bülow ersuche nun im Auftrage seines kaiserlichen Herrn, diese Blätternachricht energisch zu dementieren, 1. weil kein Wort daran wahr sei und 2. weil Kaiser Wilhelm die Sympathien, die er im Jahre 1896 während der Millenniumsfeier in Budapest erworben habe, nicht verscherzen wolle. — Also der Deutsche Kaiser will sich um alles in der Welt nicht die ihm gnädigst gewährten Sympathien der Herren Magyaren verscherzen und gibt ihnen deshalb schriftlich zu wissen, daß er niemals „gewagt" habe, ihnen irgendwie in den Weg zu treten! Da weiß man wirklich nicht, ob man mehr über die Dummheit oder über die Unverschämtheit staunen soll, die sich in dieser plumpen Albernheit kundgibt. Den gründlichen Mißerfolg ihrer dunkeln Treibereien mögen übrigens die Drahtzieher der Koalition daran erkennen, daß die Neujahrsgratulation zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph dieses Mal in ganz besonders herzlichem Tone gehalten war.

Neueste Drahtmeldungen vom 8. Januar.

Zur Marokkokonferenz.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu der Veröffentlichung des Weißbuches über Marokko wird im „Lok.-Anz." bemerkt: „Das kürzlich erschienene französische Gelbbuch mußte den Eindruck erwecken, daß Frankreich durchaus korrekt vorgegangen und lediglich von dem Bestreben geleitet gewesen sei, große und berechtigte französische Interessen zu schützen, ohne Deutschland ernstlich zu nahe treten zu wollen. Alle Gegner Deutschlands verkündeten denn auch nach Veröffentlichung dieser Dokumenten-Sammlung, Deutschland habe, wie nun erwiesen sei, aus reinem Uebermut Frankreich herausgefordert und versucht, zu einer Zeit, wo Rußland mit seinen inneren Angelegenheiten genug zu tun hatte, den Krieg vom Zaune zu brechen. Die jetzt von deutscher Seite veröffentlichten Aktenstücke haben im wesentlichen bezweckt, diese Behauptung zu entkräftigen. Sie beseitigen zunächst jeden Zweifel darüber, daß Frankreich nicht, wie das Gelbbuch es behauptet hat, lediglich in Wahrung eigener, die der übrigen Völker nicht verletzenden Interessen vorgegangen ist, sondern daß sein Vertreter in der Tat sich als Bevollmächtigter aller europäischen Mächte aufgespielt hat. Als Quelle dafür wird deutscherseits der Mann nachgewiesen, der in der Tat am besten wissen muß, was ihm der französische Bevollmächtigte gesagt hat, nämlich kein anderer als der Sultan von Marokko selbst."

Paris. (Priv.-Tel.) Gegenüber der Meldung eines Berliner Blattes, das Weißbuch über Marokko sei der französischen Regierung vor der Veröffentlichung mitgeteilt worden, wird hier offiziös erklärt, daß eine derartige Mitteilung nicht erfolgt sei.

Zur Lage in Rußland.

Moskau. (Priv.-Tel.) Der Polizeimeister des Preßnia-Stadtteils, Jermolow, der den Privatdozenten Worobjow erschossen hatte, wurde auf Verfügung des Staatsanwalts verhaftet. Wie verlautet, war Wrobojew von den Revolutionären zum Mitgliede der künftigen interimistischen Regierung ausersehen gewesen.

Riga. Generalgouverneur Sollohub übertrug seine Vollmachten in den Kreisen Werro und Walk dem General Orlow, in den Kreisen Dorpat und Fellin dem General Klotschenko, in der Stadt Riga und im übrigen Livland dem Gouverneur Swenginzow.

London. (Priv.-Tel.) Nach einer Petersburger „Times"-Meldung befindet sich eine deutsche Familie Sivers auf ihrem Landgut in der Nähe von Werden in größter Gefahr. Das Schloß wurde von Aufständischen angegriffen und belagert. Eine Abteilung Kosaken, welche abgeschickt wurde, um die Familie Sivers in Sicherheit zu bringen, wurde von den Aufständischen in die Flucht getrieben. Die Belagerung des Schlosses durch die Aufständischen dauert fort, und man befürchtet, daß dessen Bewohner nicht lange aushalten können. — Wie der Korrespondent der „Times" in Odessa meldet, wurden die Revolutionäre an verschiedenen Stellen in Süd-Rußland von den kaiserlichen Truppen in die Flucht getrieben. Die Eisenbahn von Odessa nach Moskau befindet sich wieder im Besitz der Truppen, nachdem die Aufständischen einige Zeit die Bahn besetzt hatten. Nachdem die Regierung diese Erfolge in Süd-Rußland errang, wird, wie verlautet, eine große Armee bei Rostow am Don mobilisiert, um gegen die verschiedenen kleinen Republiken, welche in den kaukasischen Provinzen begründet wurden, zu operieren. In Odessa selbst erpressen die Terroristen durch Drohungen Geld von den Einwohnern.

Rom. Der amerikanische Botschafter in Rom, White, der mit der Vertretung der Vereinigten Staaten in Algeciras beauftragt worden ist, wird am Freitag mit dem deutschen Dampfer „Prinzeß Irene" nach Algeciras abreisen. Als Sekretär ist ihm der Botschaftsattaché Jselin, ebenfalls der Botschaft in Rom angehörend, beigegeben worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Dem heute angelangten Briefe, datiert Riga, 1. Januar, des Chefs eines seit den 70er Jahren in Riga etablierten Hauses an seine hiesige Geschäftsverbindung entnimmt die „Nat.-Ztg." folgendes: Um den unsinnigen Gerüchten, die über die Lage in den Ostseeprovinzen im Auslande kursieren, entgegenzutreten, halten die hiesigen Reichsdeutschen heute eine Zusammenkunft zwecks Abfassung eines Memorandums, das einer Fraktion des Deutschen Reichstags demnächst übermittelt werden soll. Von den im Auslande gemeldeten großen Bränden in Riga haben wir bis dato nichts gesehen und ist auch hier noch kein einziges Haus von den Revolutionären in Brand gesteckt worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nachdem mit dem Dampfer „Wolga" insgesamt 1047 Personen, darunter 803 Reichsdeutsche, aus Riga befördert worden sind, hat die reichsdeutsche Kolonie in Riga durch den deutschen Konsul dem Reichskanzler Fürsten Bülow ihren ehrerbietigsten Dank für die geleistete Hilfe übermitteln lassen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Prinz August Wilhelm, der vierte Sohn unseres Kaiserpaares, ist infolge Erkältung erkrankt und muß seit einigen Tagen das Bett hüten. Vergangene Nacht stellte sich ziemlich bedeutendes Fieber ein, doch ist heute das Befinden befriedigend.

Berlin. (Priv.-Tel.) Eine hiesige Korrespondenz schreibt: Die Ernennung des bisherigen Kolonialdirektors Dr. Stübel zum Gesandten in Norwegen sei noch nicht endgültig beschlossen. Das ist nach der „Deutschen Tagesztg." nicht richtig. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Dr. Stübel an die Spitze der neu zu errichtenden deutschen Gesandtschaft in Christiania berufen werde. Die Veröffentlichung der Berufung würde bereits erfolgt sein, wenn nicht die in einem Nachtragsetat geforderten Ausgaben für die Gesandtschaft der Bewilligung des Reichstags bedürften. — Demselben Blatte wird aus Dresden geschrieben: In einem sächsischen Blatte werden wieder allerhand Mitteilungen über kommende sächsische Minister und Kreishauptleute gemacht. An diesen Mitteilungen ist nur richtig, daß Minister v. Metzsch wahrscheinlich nach dem Landtagsschlusse aus seinem Amte scheidet, daß ferner Kultusminister von Seydewitz, der die Sprache fast völlig verloren hat, kaum wieder in sein Amt zurückkehren wird, und daß die Kreishaupt-